

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

31.5.1927 (No. 125)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. Meub, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Friedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralkalender für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriftenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Japans

** Der zum Kaiserlich Japanischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannte Herr Saburo Kurusu ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen auch in Baden zugelassen worden.

England und Ägypten

Zwischen England und Ägypten ist die Lage durch die Haltung der ägyptischen Extremisten und durch die Forderung des ägyptischen Parlaments, eine drastische Einschränkung der Macht der engl. Militärbehörden vorzunehmen, gespannt geworden. England hat 3 Kriegsschiffe von Malta nach Alexandria bzw. Port Said entsendet und außerdem in der Militärfrage der ägyptischen Regierung eine Note überreicht, die sich mit der Reorganisation der ägyptischen Armee beschäftigt. In der Note betont die englische Regierung erneut ihren Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung und regt gleichzeitig eine Reihe organisatorischer Maßnahmen an, die für diese Zusammenarbeit und die Verteidigung des Landes nach englischer Ansicht unentbehrlich seien. Insbesondere soll die Note darauf bestehen, daß der Posten des Oberkommandierenden der ägyptischen Armee nach wie vor mit einem englischen Offizier besetzt werden muß.

Die Krise, die ihrem Höhepunkt entgegenzueilen scheint, nahm ihren Anfang mit dem Besuch Lord Lloyd in Minia in Oberägypten am 28. Mai, wo Lord Lloyd und verschiedene ägyptische Notablen eine Parade über die dort stationierten ägyptischen Truppen abnahmen. Dies führte zu einer scharfen Kritik an den Notablen und an der Regierung in der Kammer, die daraufhin einmütig beschloß, die Regierung aufzufordern, alle an der Parade beteiligten Beamten sofort zu entlassen. Die durch diesen Schritt auf beiden Seiten erzeugte Erbitterung wurde weiter verschärft durch den am letzten Donnerstag gefassten einmütigen Beschluß des Hausparlamentes, der Kammer vorzuschlagen, das Gehalt für den gegenwärtigen Sirdar, Generalmajor Spinks, zu verweigern und den Posten des Sirdars ganz abzuschaffen.

Die Lage in China

Nach Meldungen aus französischer Quelle soll eine Einigung zwischen dem extremen Südbhinesen (Kantau) und den gemäßigten (Kantung) im Gange sein. Fenghuifang soll zum Generalkommissar ernannt worden sein. Die Kuomintangpartei habe sich für die Kantinger Regierung erklärt. Die südlichste Provinz Chinas, Kwangsi, hat sich für die Kantinger Regierung ausgesprochen, die den Geist und die Grundzüge der Kuomintangbewegung verkörpert und allein in der Lage wäre, das Glück der 400 Millionen Einwohner Chinas zu verwirklichen.

Nach Neutermeldungen haben die Südruppen erhebliche Erfolge errungen und die Stellung der Nordarmee sei äußerst gefährdet. Die Unsicherheit der Lage habe die Japaner und Engländer zu dem Beschluß veranlaßt, Truppen nach Nordchina zu entsenden.

Japan hat bereits Truppen nach Tjingtau geschickt. In Tokio wird erklärt, daß es sich um keine Intervention Japans in die inneren Angelegenheiten Chinas handle, sondern nur um eine Vorkehrungsmaßnahme, um die Schantungbahn bis Tjinanfu und die in der Provinz Schantung wohnenden Japaner, wenn es nötig sein sollte, zu schützen. Der in Schanghai stationierte außenpolitische Kommissar der Kantinger Regierung hat dem japanischen Generalkonsul den Protest gegen die Entsendung der 2000 Japaner nach Tjingtau überreicht. Auch die Kantinger Regierung beabsichtigt gegen die Besetzung Tjingtaus Protest einzulegen. Man bezeichnet Japans Schritt, der großen Unwillen erregt hat, als verkappte Intervention mit dem Ziele, die wertvolle Provinz Schantung wieder zu gewinnen.

Geschäftsaufsicht über die Wologa verhängt. Dem Antrag der Wologa, Holzindustrie A.-G., um Anordnung der Geschäftsaufsicht, ist nunmehr vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg stattgegeben worden. — Nach Meldungen aus Moskau wird die Sowjetregierung der Konzessionsverwaltung den Betrag von zwei Millionen Mark überweisen. Für diesen Betrag geht die Konzession an die Sowjetregierung über. Sämtliche Verpflichtungen der Wologa auf dem Außen- und dem Binnenmarkt werden von der Sowjetregierung übernommen.

Ein neues Verbot in München. Die Münchener Polizeidirektion hat durch ortspolizeiliche Vorschriften das Tragen einheitlicher Kleidung für Angehörige von Parteiorganisationen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen vorübergehend verboten. — Bei Eröffnung der Erörterungen über die deutsch-nationale Interpellation wegen der Zusammenstöße stellte der Minister des Innern im bayerischen Landtag fest, daß die Reichsbannerleitung bei den Vorgängen ihre Hände nicht im Spiele hatte. Inwiefern Reichsbannermitglieder beteiligt waren, sei noch nicht geklärt.

Beschäftigung der Einreisefestimmungen ins Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat die Bestimmungen über die Einreise in das Saargebiet verschärft. Personen, die in das Saargebiet einreisen, um an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, sowie Mitglieder eines Vereins und sonstigen Personennennungen bedürfen der besonderen Genehmigung zur Einreise.

* Koalitionspolitik aussen und innen

Außenpolitik ist Bündnispolitik. Kein Staat auf der Erde ist heute so mächtig, daß er ohne jede Bundesgenossenschaft einer Koalition aller anderen Staaten gegenüberstehen könnte. Es hat Zeiten in der Weltgeschichte gegeben, in denen diese Maxime nicht galt, in denen die Außenpolitik sich vor allem in der Kunst zu erobern und zu herrschen erschöpfte. Die großen Assyrenkönige brauchten keine Bündnisse, das Rom eines Caesar und eines Augustus konnte ihrer entaten, Dschingis-Khan und Tamerlan eroberten Asien aus eigener Kraft, und die gewaltigen deutschen Kaiser aus der ersten Hälfte des Mittelalters, Karl der Große, Otto I. und Konrad II. hatten Bündnisse nicht nötig. Gewiß haben auch die Welteneroberer Bündnisse akzeptiert, wo sie sich ihnen gerade boten; aber diese angebotenen Bündnisse waren in Wirklichkeit nichts anderes als eine mildere Form der Unterwerfung.

Seit dem Ausgang des Mittelalters, seitdem sich neben dem heiligen römischen Reich deutscher Nation der Staat der französischen Könige als militärisch gleich starke Macht erhoben hatte, und die innere Geschlossenheit Deutschlands einer staatlichen Vielgestaltigkeit gewichen war, hat sich die große Politik in Europa völlig gewandelt: Außenpolitik wurde Bündnispolitik. Und so ist es seitdem geblieben. Die Epoche Napoleons I. macht nur scheinbar eine Ausnahme; denn, wenn auch Napoleon I. selbst im wesentlichen Eroberungs- und Unterwerfungspolitik betrieb, so ist doch auch er schließlich gescheitert an der Bündnispolitik der anderen, einer Politik, deren Wert er erst dann begriff, als es für ihn zu spät war.

Die Koalition aller der Staaten, die dem neuen deutschen Reich aus irgend einem Grunde übel wollten, hat im Weltkrieg gegielet. Auch wir hatten dieser Koalition gegenüber mit einem Bündnisystem aufzuwarten. Aber es war brüchig und militärisch von geringerem Wert. Gerade der Weltkrieg hat gelehrt, daß der Erfolg dem stärkeren und besseren Bündnisystem anheimzufallen pflegt. Bismarck hat diese Grundtatsachen praktischer Außenpolitik sehr wohl gekannt, und deshalb stand seine Diplomatie von jeher im Dienste einer zweckentsprechenden Bündnispolitik. Seine Nachfolger haben im großen und ganzen die Richtigkeit seiner Grundanschauungen nicht übersehen, aber sie haben nicht mit dem gleichen Geschick zu operieren verstanden und vorzugsweise auf die falschen Pferde gesetzt, und im übrigen durch unnützen Eifer und törichte Entgleisungen dem gegnerischen Bündnisystem noch Wasser auf die Mühlen geleitet.

Nach dem Weltkriege schien es so, als ob die Bündnispolitik an Bedeutung verloren habe. Das war durchaus begrifflich. Der Sieg war errungen, das Ziel war erreicht; man konnte nun auseinandergehen und die Weite verzehren. Ferner aber war durch das Ausschneiden Russlands aus der Entente cordiale ohnehin eine neue Situation entstanden. Zunächst stand jedenfalls jeder Siegerstaat für sich allein da, und lediglich das große Arrangement mit Deutschland führte Frankreich, England, Italien und Belgien Seite an Seite. Aber gerade bei diesem Arrangement haben sich die Gegensätze unter den einstigen Bundesgenossen besonders scharf entwickelt. Und der allgemeine finanzielle und wirtschaftliche Notstand, von dem auch die europäischen Siegerstaaten nicht verschont geblieben, war zunächst nicht geeignet, diese Gegensätze zu überbrücken.

Erst nach und nach begann in den Kabinetten wieder die Einsicht zu dämmern, daß man doch ohne jede gegenseitige Anlehnung, ohne Bündnisse der großen Wirtschaftsnote und gewisser diplomatischer Probleme nicht werde Herr werden können. Die Wirtschaftsnote war es, die Frankreich und Deutschland wieder etwas näher aneinander heranzuführte, das russische Problem ist es, das jetzt wieder die Entente cordiale zwischen England einerseits und Frankreich und Italien andererseits aufleben ließ. Wir werden in dem nächsten Artikel auf diese Dinge zu sprechen kommen.

Die polnische Sozialdemokratie in Opposition. Der Oberste Rat der polnischen Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, gegen die gegenwärtige Regierung in Opposition zu treten. Er begründet diesen Schritt mit der ausgesprochen kapitalistischen Politik dieser Regierung, mit den von ihr angewandten politischen Repressivmaßnahmen und dem Mangel an Justizaktivität in der Kinderheutefrage. Die Sozialdemokraten fordern Neuwahlen auf Grund des jetzigen Wahlsystems.

Einweihung der neuen Universitäts-Kinderklinik in Freiburg

D.3. Freiburg i. Br., 31. Mai (Tel.)

Die neue Universitäts-Kinderklinik wurde heute mittag im Rahmen einer schlichten Feier ihrer Bestimmung übergeben. Oberbürgermeister Lorenz, Freiburg, als Leiter des Baues betonte, daß das neue „Haus zur Sonne“ das erste der modernen Klinikbauten Freiburgs sei. Nach der Schlüsselübergabe an den

Minister des Kultus und Unterrichts Seers

hielt dieser eine Ansprache, worin er u. a. ausführte:

Wenn er heute schon wieder bei der Universität Freiburg erschienen sei, so seien dafür zwei ganz besondere Gründe maßgebend. Einmal handle es sich um ein Unternehmen, das seinem Zweck nach die ganz besondere Teilnahme des Ministers beanspruchen könne, und dann sei der Same zu diesem Unternehmen von ganz besonderer Art und der Samen, den ich gelegt habe, verdiene unsere Aufmerksamkeit und Dankbarkeit in außerordentlichem Maße. Wir hoffen mit der Anstalt, die heute eröffnet wird, der Gesundheit der Kinder zu dienen. Der Gesundheit der Kinder, die durch Kriegs- und Nachkriegszeit ganz besonders gelitten haben und die in dem schweren wirtschaftlichen Kampf, in dem wir uns heute befinden und wohl noch eine gute Reihe von Jahren befinden werden, Gefahr laufen, weiter Not zu leiden. Die Gefahr droht dem Leib und der Seele der Kinder. Heute gilt unser Bestreben einer Veranstaltung, die der körperlichen Gesundheit der Kinder dienen soll, wobei wir daran denken, daß nur in einem gesunden Leib eine gesunde Seele sich entfalten kann. Die Wissenschaft und die Geschicklichkeit und Sorgfalt von erprobten Ärzten und Pflegerinnen soll sich auch in diesen Räumen wieder in den Dienst der Gesundheit unserer Kinder stellen. Ihre liebevolle und unermüdete Arbeit soll den gefährdeten Kindern ein Asyl bieten, aus dem sie dann später gekraftet wieder in das Leben hinaustrreten können.

Daß wir diesen Weg hoffnungsvoll beschreiten dürfen, ist ein Verdienst der Gesellschaft der Freunde, deren Vertreter wir die Ehre und die Freude haben, heute unter uns begrüßen zu dürfen. Die Gesellschaft der Freunde hat geglaubt, den vielen Weisheiten ihres tief eingewurzelten Sinnes für Wohltaten an der leidenden Menschheit einen neuen Beweis hinzuzufügen zu sollen, indem sie den Grund legten für dieses heute eröffnete Unternehmen. Ich hoffe, daß das Samenorn, das die Gesellschaft der Freunde hierdurch in den Freiburger Boden gepflanzt hat, und das sich rasch unter gern geleisteter Mithilfe von Staat und Stadt zu einer schönen Pflanze entwickeln dürfte, noch reiche Früchte trägt. Es wird dann Zeugnis dafür ablegen, daß in einer Zeit, in der die Töne des Hasses zwischen den Völkern noch nicht lange verklungen waren, und die Folgen des Krieges und die Hemmnisse politischer Gegensätze immer noch schwer auf den Völkern lasten, daß es zu solcher Zeit in den Vereinigten Staaten Männer gegeben hat, die Christentum und Demokratie dahin auffachten, daß sie auch den Mitmenschen in fernem deutschen Landen Freundschaft erweisen wollten. Da ich mich mit diesen Männern darin einig fühle, daß hohe gemeinsame Menschheitsziele und insbesondere eine Aufgabe, wie die der heute eröffneten Anstalt, nämlich für die Gesundheit der Kinder zu forschen und zu sorgen, uns über die politischen Gegensätze hinausführen und die Grenzen der Länder uns vergessen lassen muß, kann ich umso freudiger und aufrechter den Dank dafür aussprechen, daß gerade hier in Freiburg, an einer badischen Hochschule, dieses Werk möglich geworden ist.

Somit ist dieses Haus nicht nur ein Zeichen gütiger Gesinnung gegen unsere Kinder, sondern auch ein Weisenstein auf dem langen Weg zum gegenseitigen besseren Verstehen zwischen den Völkern. Und wenn auch der Weg noch lang ist, so dürfen wir uns doch des Wegzeichens freuen und ihm die Aufschrift geben, die eigentlich das Ziel bedeutet. Ich möchte daher vorschlagen, dieses neue Haus „Freundschaftshaus“ zu nennen. Damit wird der Gesellschaft der Freunde gedacht sein und zugleich zum Ausdruck gebracht werden, welches Geist den Kindern gegenüber hier herrschen soll und in welchem Geiste Mitglieder zweier Völker sich bei diesem Werke zusammengefunden haben.

Wäge der Name eine gute Vorbedeutung sein!

Darauf sprachen Oberbürgermeister Dr. Bender, der Rektor der Universität, Prof. Dr. Wrie, und der Leiter der medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Koss, sowie der Vorstand der Universitätskinderklinik, Prof. Dr. Wargaser, der seiner Anerkennung für die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen dem Baumeister und dem Leiter der Klinik Ausdruck verlieh. Als Zeichen der Dankbarkeit für die Fürsorgetätigkeit der Quäker in Deutschland und als besonderes Zeichen des Dankes an den Generalvertreter der amerikanischen Gesellschaft der Freunde in Deutschland, Gilbert A. Mac Master, der der Feier beizuwohnte, überreichte er Mac Master eine Ehrenurkunde der deutschen Gesellschaft für Kinderheutekunde, die auf der letzten Tagung in Düsseldorf beschlossen hatte, Mac Master und Wilbur Carl Thomas in New York auf diese Weise zu ehren. Schließlich nahm auch Gilbert Mac Master das Wort und überbrachte die Grüße der amerikanischen Gesellschaft der Freunde.

Der Feier wohnten außer Vertretern des Lehrkörpers, der Referent für das Hochschulwesen im Ministerium, Geheimrat Dr. Schwörer, Landeskommissar Dr. Schneider, Vertreter der wohlthätigen Organisationen und das Personal der Kinderklinik bei. — An die Feier schloß sich ein Rundgang durch den neuen Teil der Klinik an.

Politische Neuigkeiten

Der Reichspräsident in Kiel

Der Reichspräsident nahm am Montag in Kiel in Begleitung des Reichswehrministers Dr. Gessler, des Chefs der Marineleitung Admiral Benker, sowie des Chefs der Marineleitung Vizeadmiral Dr. Raeder eine Kruppenparade auf der Wit ab. Nach der Parade wurde eine Fahrt zur Prinz-Heinrich-Brücke und zum Nordsee-Kanal unternommen. Hierauf stattete der Reichspräsident dem Großadmiral Ritter und dem Stationschef kurze Besuche ab und ging dann an Bord der Stationsfregate „Mire“, um eine einstündige Fahrt durch den Hafen zu machen. Sobald die Standarte des Reichspräsidenten auf dem Wasser erschien, feuerten das Linienfährenschiff „Schlesien“ und die Batterie Friedrichsort einen Salut von 21 Schüssen. Die Schiffe und Fahrzeuge im Hafen hatten über die Toppfen gesalutet. Die Mannschaften paradierten bei der Vorüberfahrt des Reichspräsidenten, der auch durch eine Luftfahrt der Ruder- u. Kanuvereine sowie durch eine Geschwaderfahrt der Kieler Seglervereine begrüßt wurde.

Später wurde der Reichspräsident im Rathaus vom Oberbürgermeister Dr. Lüken empfangen, der in seiner Ansprache die schweren Leiden Kiels unter den veränderten Kriegsverhältnissen betonte. Abends veranstaltete die Provinz einen Empfang im Hause der Seglervereine, bei dem Oberpräsident Kürbis eine Ansprache hielt, in der er u. a. sagte: „Gerecht und auf freier Selbstbestimmung beruhend ist unsere Landesgrenze nach Norden heute nicht. Wie wir Gerechtigkeit verlangen, so sind wir andererseits verpflichtet, den Angehörigen fremder Völkern, die unter uns weilen, die Pflege ihrer kulturellen Verbundenheit nach Norden zu gewährleisten. Der Vorsitzende des Provinziallandtages, Oberbürgermeister Dr. Töben, sagte, die Schleswig-Holsteiner würden nicht aufhören zu hoffen, daß der Tag kommen werde, an dem die durch eine aufgezogene Grenzziehung von uns getrennten deutschen Volksgenossen durch einen der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechenden Ausgleich der Nationalitäten mit uns wieder vereint würden.“

In seiner Erwiderungsansprache führte der Reichspräsident u. a. aus: Schleswig-Holstein hat seit seiner Wiedervereinigung mit dem Reich an dem großen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung unseres Volkes besonderen Anteil gehabt. Um so schwerer hat dafür die Nordmark unter dem unglücklichen Kriegsende gelitten. Neben diesem schweren politischen und kulturellen Verluste hat der Kriegsschmerz Kiel seine Bedeutung eingebüßt, Handel und Wandel brachen darnieder; aber trotz der schweren Schicksalsschläge blieben die Männer und Frauen, die dies Land bewohnen, aufrecht und treu. Wie Ihre Vorfahren einst in Zeit schwerer Bedrängnis haben auch Sie, meine Herren, als Träger heiligen Erbes Ihr Volkstum tapfer verteidigt und mit festem Glauben an ein deutsches Auserwähltes Fortdauern wieder aufgebaut. Dafür Ihnen und allen Bewohnern der meeresumflossenen Provinz heute hier namens des Reiches herzlich zu danken, ist mir eine freudig erfüllte Pflicht.

Am 11 Uhr abends begab sich der Reichspräsident durch ein Spalier von Fackelträgern, gebildet von Klubmitgliedern und Jungmannschaften der Schülerseglervereine vom Seglerheim zum Hafen und sodann an Bord des Linienfährenschiffes „Schlesien“ zur Fahrt nach Mürwik. Die Bevölkerung brachte dem Reichspräsidenten zum Abschied herzliche Ovationen dar. — Nach dem Empfang im Seglerheim war dem Reichspräsidenten eine Guldigung des Reichsbanners durch einen Vorbeimarsch dargebracht worden.

Auf der Berliner Tagung der Völkerverbands-Gesellschaften

wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Zusammenarbeit der Organisationen der früheren Kriegsteilnehmer in der ganzen Welt mit dem Weltverband der Frieden fordert.

Oberst Grosfeld (England) betonte, daß die Kriegsteilnehmer überall genug von Kriegen und seinen Erscheinungen hätten. Leider höre man in England viel zu viel vom Stahlhelm und den reaktionären Organisationen aus Deutschland. Man läme so zu dem Glauben, es gäbe in Deutschland weiter nichts als den Stahlhelm. Er habe sich aber jetzt überzeugen können, daß noch viele andere Deutsche vorhanden wären, die für den Frieden wirken wollen. Die amerikanische, afrikanische, italienische, französische, rumänische, polnische und tschechoslowakische Organisation der früheren Kriegsteilnehmer appellieren deshalb an die deutschen Völkerverbands-Gesellschaften, die für den Frieden (Beifall).

Die Tagung stimmte weiter der Herausgabe einer völlig neutral geleiteten Zeitschrift für nationale Minderheiten durch den Weltverband zu.

Zur Frage der deutschsprechenden nationalen Minderheiten in Süditalien heißt es im Bericht des Sonderausschusses: „Die Kommission hat den Beschluß gefaßt, dieser Frage auf der nächsten Sitzung im Oktober nochmals ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der Zwischenzeit werden die auf der Tagung erstatteten Berichte der Völkerverbands-Gesellschaften zusammen mit einer von Frau Walker vorgeschlagenen Resolution gestellt werden. Auf diese Weise wird es der Kommission leichter gelingen, einen weissen Beschluß zu fassen, und der italienischen Völkerverbands-Gesellschaft wird Gelegenheit geboten werden, nochmals die Darlegungen ihrer deutschsprechenden Kollegen zu prüfen. Die italienischen Mitglieder der Kommission haben diesem Plane zugestimmt.“

Gegen die Erhöhung der Postgebühren

Gegen die beabsichtigte Gebührenerhöhung der Deutschen Reichspost haben die wirtschaftlichen Spitzenverbände, nämlich der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband der Privatversicherung, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der Verein Deutscher Spediteure und der Zentralverband des Deutschen Großhandels dem Reichspostministerium gegenüber in einer Erklärung Stellung genommen, in der die schweren Bedenken betont werden, die gerade jetzt in einem Zeitpunkt, in dem die Wirtschaft sich langsam zu erholen beginnt, dagegen sprechen, die weitere Entwidlung durch die geplante Erhöhung der Postgebühren entgegenzuwirken und eine neue sehr schwere, übrigens ungleich wirkende Last auf alle Zweige der Wirtschaft zu legen.

Der Staatssekretär des Deutschen Auswärtigen Amtes, Dr. v. Schubert, ist auf der Rückfahrt vom Urlaub in Wien eingetroffen und wurde von Bundeskanzler Dr. Seipel empfangen.

Der rumänische Finanzminister in Berlin. Der zu Wirtschaftsverhandlungen in Berlin eingetroffene rumänische Finanzminister hat am Montag dem Reichsminister des Innern, Dr. Stresemann, einen Besuch abgestattet. Er wird heute die ersten informativischen Besprechungen haben.

Die bulgarischen Wahlen sind ruhig verlaufen und haben der Regierung die Mehrheit gesichert. Nach den vorliegenden Resultaten hat die Regierungspartei 170 Mandate von insgesamt 273 erlangt.

Umgruppierung innerhalb der deutschen Postgewerkschaft. In Düsseldorf tagten die Vertreter der Lohnempfängermitglieder der Deutschen Postgewerkschaft. Die Verhandlungen ergaben, daß, falls die organisatorische Trennung der bisher in der Deutschen Postgewerkschaft vereinten Beamten- und Lohnempfänger erfolgt, die Lohnempfängermitglieder unter Beibehaltung der alten Bezeichnung „Deutsche Postgewerkschaft“ vereint bleiben und die Beziehungen zu dem unter Führung des Abg. Egerwald stehenden Deutschen Gewerkschaftsbund aufrechterhalten werden.

Der englisch-russische Konflikt. In einem Schreiben des russischen Geschäftsträgers in London, Rosengold, an Chamberlain wird für die leitenden russischen Mitglieder der Kreuzverwaltung und der anderen russischen Wirtschaftsorganisationen die Erlaubnis verlangt, zur Durchführung der Liquidation der betreffenden Organisationen sich nach weiterhin in Großbritannien aufzuhalten. Im Falle einer ablehnenden Antwort werde die Verantwortung für alle dadurch verursachten Schädigungen auf die englische Regierung fallen.

Kurze Nachrichten

Beginn der Dreimächtekonferenz am 20. Juni. Die vom Präsidenten Coolidge angeregte Dreimächtekonferenz zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan über Seereschiffenfragen wird am 20. Juni, nachmittags 4 Uhr in Genf eröffnet werden. Ungefähr 200 Unterhändler und Sachverständige werden in Genf erwartet. Die Konferenz findet im Sitzungssaal des Völkerverbands unter dem Vorsitz des Amerikaners Gibson statt.

Coolidge für Beschränkung der Rüstungen. Der amerikanische Präsident Coolidge hielt in Arlington eine Rede, in der er wiederum die Notwendigkeit der Beschränkung des Wettbewerbs betonte. Man solle Schritt für Schritt auf jedem Wege diesem Ziele zustreben. Der Präsident betonte dann die Notwendigkeit von Ruhe und Ordnung im Innern. Wenn es notwendig sei, so müßte im Interesse der Selbstbehaltung die Verfassung geändert werden.

Verurteilung von Kommunisten in Litauen. Am 1. Mai hatten Kommunisten im Konzentrationslager in Borag versucht, das Militär zum Aufstand zu bewegen. Das Kriegsgericht verurteilte fünf von ihnen zum Tode, 10 weitere Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 1 1/2—15 Jahren und einen zu lebenslänglichem Zuchthaus. Auf ein Unabgeklagtes der zum Tode Verurteilten wandelte der Staatspräsident die Todesstrafe in Zuchthausstrafen von je 15 Jahren um.

Badischer Teil

Ein neues Polizeibeamtengesetz

Dem Badischen Landtag ist der Entwurf eines neuen Polizeibeamtengesetzes zugegangen. Danach werden die Polizeibeamten als Polizeiamtswärter mit Beamteneigenschaft eingestellt. Nach Abschluß der Ausbildung, die höchstens zwei Jahre betragen soll, erfolgt bei Eignung die Überführung in das außerplanmäßige Beamtenverhältnis. Das außerplanmäßige Beamtenverhältnis dauert regelmäßig fünf Jahre. Danach werden die Polizeibeamten nach Eignung und im Rahmen des Staatsbedarfs als Polizeiamtswärter in das planmäßige Beamtenverhältnis überführt.

Die weiteren Bestimmungen regeln die Befoldungsbezüge, Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, die Ruhestandsverhältnisse u. a. Das Gesetz soll mit dem 1. Juli 1927 in Kraft treten.

Zum Jubiläum des Rechtsanwalts Dr. Kopf in Freiburg

Anlässlich des 70. Geburtstages des Rechtsanwaltes Dr. Kopf veranstaltete das Zentrum in Freiburg eine Festversammlung, in der Landtagspräsident Dr. Baumgartner dem Jubilar als Geschenk der badischen und Freiburger Zentrumspartei ein Gemälde überreichte. Er hob besonders die Arbeit seines Vorgängers auf dem Präsidentenstuhl des Badischen Landtages hervor, sowie die politischen Ideale des Gefeierten. Oberbürgermeister Dr. Bender feierte die Arbeit Dr. Kopf in der Gemeindepolitik Freiburgs, Generalvikar Dr. Seher dankte dem Jubilar für seine Tätigkeit im Reichstagsparlament, während Prälat Dr. Schofer an den Eigenschaften, besonders der edlen Selbstlosigkeit des Jubilars, die Kräfte zeigte, die das Zentrum stark gemacht haben. Dr. Kopf richtete nach herzlichen Dankworten u. a. einen Appell an die Gebildeten zur Mitarbeit im Völkerverein und politischen Leben, an die Jungen und an die Jugend.

Am Montag vormittag gegen 11 Uhr begab sich in Freiburg eine feierliche Abordnung, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. Bender, Bürgermeister Dr. Seher, dem Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, Rechtsanwalt Bauer und mehreren Stadträten in die Wohnung des Jubilars, des Stadtrates Dr. Kopf, um ihm aus Anlaß seines 70. Geburtstages den Beschluß der Vertreter der Bürgerschaft, die ihn als Anerkennung für seine opfervolle und eifrigste Tätigkeit im öffentlichen Leben des Ehrenbürgerrecht verliehen hat, amtlich mitzuteilen. Oberbürgermeister Dr. Bender sprach zunächst namens der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche aus und würdigte die opfervolle Arbeit des Jubilars während der 36 Jahre, welche er schon dem Stadtparlament angehört. Der neu ernannte Ehrenbürger der Stadt Freiburg dankte mit bewegten Worten und gab seinem Willen Ausdruck, seine Kräfte wie bisher in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Zur Tagung des Verbandes badischer gemeinnütziger Bauvereinigungen

Der Sonntagssitzung der in Karlsruhe abgehaltenen Tagung wohnte zeitweilig auch Innenminister Dr. Kemmler bei. Dem Referat des Oberregierungsrat Schöb war zu entnehmen, daß bis Ende 1926 975 Wohnungen mit staatlichen Bauzulehen bedacht worden sind. Von Reich wegen erhält Baden 6—7 Millionen Zwischkredite. Die Wohnungsnot ist immer noch außerordentlich groß; die Baukosten haben wieder angezogen. Ohne Staatshilfe wird man im Wohnungsbau vorerz nicht auskommen. — Die Versammlung stimmte einer Entschließung zu, die die Maßnahmen der Regierung im Sinne einer tatkräftigen Förderung des Wohnungsbaues anerkennt, ferner der Erwartung Ausdruck gibt, daß der gemeinnützige Wohnungsbau auch weiterhin unterstützt wird. Die Tätigkeit des Verbandes vorstandes wird gebilligt und dabei bedauert, daß noch keine Reform der Gebäudesteuer durchgeführt ist. Schließlich fordert der Verbandstag, daß die Mieterhöhung, soweit sie nicht durch die Aufwertungs-zinsen beansprucht wird, restlos dem Wohnungsbau zuzuführen.

Lohnbewegungen in Baden

Annahme des Schiedsspruches im Gipsergewerbe. In dem Lohnkonflikt im Gipsergewerbe von Karlsruhe und Bruchhausen haben die Parteien den Schiedsspruch der Schlichterkammer des Landesgeschäftstages vom 24. Mai angenommen. Der Streit ist damit beendet.

Ordnung und Sauberkeit in Eisenbahnzügen

Die Reichsbahndirektionen haben sich vor einiger Zeit durch die Tageszeitungen an die Öffentlichkeit gewendet, sie möge die Reichsbahn in ihrem Bestreben, die Personenzüge im Interesse der Reisenden sauber zu halten, unterstützen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Die Personenzüge sind im allgemeinen nicht mehr so beschmutzt wie früher.

Leider gibt es aber immer noch Reisende, die nicht genügend auf Ordnung und Keillichkeit in den Zügen halten. Durch achtloses Wegwerfen von Papier, Speiseresten aller Art, Obstschalen, Zigaretten- und Zigarettenresten, leeren Schachteln und nicht zuletzt durch Ausspucken auf den Wagenboden wird mitfahrenden und besonders später zugehenden Fahrgästen das Reisen in derart verunreinigten Wagenabteilen zur Qual gemacht. Jedermann sollte sich darüber klar sein, daß die der Personenbeförderung und dem oft länger dauernden Aufenthalt von Personen dienenden Eisenbahnwagen keine Ablagerungsstätten für Abfälle aller Art sind. Das Ausspucken in die Eisenbahnwagen ist besonders eferregend und sollte aus Gründen der Volksgesundheit und der Keillichkeit unbedingt unterlassen werden. Manach einer, der jetzt achlos in einem Eisenbahnwagen auf den Fußboden spuckt, wird sich wohl hüten, zu Hause ähnlich rücksichtslos auf dem Boden seines Wohnzimmers herumzuspuen. Die ordnungsliebende Hausfrau, die ja schließlich das Zimmer wieder in Ordnung bringen muß, würde in solch einem Fall wohl recht bald dem Sünder die nötige nachhaltige Aufklärung geben. Da diese ordnungschaffende Hausfrau nicht immer als Reisebegleiter mitfährt und dabei auf Sauberkeit hinwirkt, so bietet sich für Mitreisende, Vorstände und dgl. von Vereinigungen und Vereinen ein dankbares Feld für Volkserziehung und Gesundheitslehre. Nicht zuletzt sollte von diesen Reisenden mehr Rücksicht auf die Arbeiter genommen werden, die die verunreinigten Wagen in den Endbahnhöfen sauber zu machen haben. Schon dieser Hinweis sollte genügen, daß manche gedankenlose Verunreinigung der Personenzüge unterbleibt.

Die Reichsbahn ist in ihrem Kampfe um die Ordnung und Sauberkeit in den Zügen auf die verständnisvolle und tatkräftige Unterstützung durch das reisende Publikum angewiesen.

Die Deutsch-französischen Grenzbahnhöfe

Der Mannheimer „Völkstimme“ entnehmen wir folgenden Bericht über die deutsch-französischen Grenzbahnhöfe:

Zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich war am 18. Dezember 1919 zu Baden-Baden ein Abkommen getroffen worden, das die Einrichtung der Grenzbahnhöfe auf Grund des Art. 67, Abs. 4 des Versailler Vertrages vorläufig regelte. Unterm 13. April 1925 folgte ein endgültiges Abkommen in Paris, das die Materie in umfassender Weise regelt und das Badener Abkommen ersetzen soll, und zu dem die Reichsregierung jetzt die erforderliche Zustimmung des Reichstags und Reichsrates in einem Gesetzentwurf nachsucht.

Für die Grenze längs Bayerns (Rfalz) und Preußens ist in dem Abkommen an dem bisher zur Anwendung gebrachten System getrennter Grenzbahnhöfe auf deutschem und französischem Gebiet festgehalten worden. Bezüglich der Rhein-grenze war die im Vertrag von Versailles enthaltene Bestimmung maßgebend, daß hier die Grenzbahnhöfe auf dem rechten Rheinufer einzurichten sind, also die mit der Grenzüber-leitung des Eisenbahnverkehrs verbundenen Tätigkeiten jeweils auf dem auf deutschem Gebiete liegenden Grenzbahnhof vorzunehmen sind. Aufgabe der jetzt zum Abschluß gebrachten Verhandlungen war es, die Tätigkeit der französischen Dienststellen neben den deutschen Behörden auf den rechtsrheinischen Grenzbahnhöfen sicherzustellen.

Die Zulassung der französischen Zollbehörden hat zur Folge, daß ihnen die Befugnis eingeräumt wird, die zur Wahrung ihrer Interessen erforderliche Kontrolle und Aufsicht zu üben; die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Abkommens entsprechen im wesentlichen denjenigen, die für ähnliche Verhältnisse an anderen Grenzen in Kraft sind. Die Befugnisse der französischen Beamten sind eng begrenzt. Insbesondere dürfen sie keinerlei körperlichen Zwang ausüben oder zu Festnahmen schreiten; erforderlichenfalls haben sie sich an die deutschen Behörden zu wenden. Das Abkommen ist auf fünf Jahre geschlossen und läuft weiter, bis es mit einjähriger Frist gekündigt wird. Es tritt in Kraft auf Tage der nach erfolgter Zustimmung von Reichstag und Reichsrat im Reichsgesetzblatt erfolgenden Verkündung.

An der Grenze Rheinpfalz-Frankreich werden die vertrag-schließenden Teile für die verschiedenen Grenzübergangslinien getrennte Grenzbahnhöfe auf ihrem eigenen Gebiet einrichten. Ihre Lage wird folgendermaßen bestimmt: 1. Strecke Germersheim-Lauterburg: a) deutsche Grenzbahnhöfe: Bahnhof Berg für den Personenverkehr; Bahnhof Wörth a. Rh. für den Güterverkehr; b) französischer Grenzbahnhof: Bahnhof Lauterburg, Strecke Landau-Weisenburg: a) deutsche Grenz-bahnhöfe: Bahnhof Lindau für den Schnellzug- und Güter-verkehr; Bahnhof Kapfweyer für Personenzüge; b) fran-zösischer Grenzbahnhof: Bahnhof Weisenburg.

Gastreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Dr. Heidelberg, 30. Mai. Das Programm für die repu-blikanische Kundgebung an Pfingsten zu Heidelberg kündigt die Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten an. Bei den Festgottesdiensten werden Prälat Dr. Schofer und Barrer Edert die Predigt halten. Bei der Enthüllung der Gedenk-tafel am Geburtshause des Reichspräsidenten Ebert werden Gefandter a. D. Silberbrand und Oberbürgermeister Dr. Wals sprechen. Die Kundgebung auf dem Festplatz bringt voraussichtlich Neben des Bundespräsidenten Ebert und des Reichsfinanzministers Dr. Kistler. Bei dem Treffen am Pfingstmontag im Schlossgarten werden Chefredakteur Bernhard, Berlin, und Redakteur Fritz Ebert, Brandenburg, Ansprachen halten.

Bad. Arzttag

Am 14. und 15. Mai fanden sich in Baden-Baden zahl-reiche Vertreter der badischen Ärzteschaft zu einer Bespre-chung der Fragen zusammen, die die Ärzteschaft besonders berühren. Etwa 180 Ärzte waren der Einladung gefolgt. Den Vorsitz führte Dr. Wampfl, Mannheim, der in seiner Begrüßungsansprache auch eine Anzahl Vertreter besreun-deter Organisationen begrüßen konnte. Direktor Dr. Garmz, Mannheim, Vorsitzender der Badischen Ärztekammer, behan-delte Landesfragen u. a. auch die Bekämpfung des Kur-pfuschertums. Prof. Dr. Friedländer, Freiburg, berichtete sodann eingehend über diese Frage, Dr. Gehen, Mannheim, über die Versorgungsfrage für badische Ärzte, Dr. Kahn, Baden-Baden, Dr. Schab, Karlsruhe und Dr. Meyer, Mann-heim über die Notlage der zur Massenpraxis nicht zuge-lassenen Ärzte. Eine hierzu angenommene Entschließung fordert die Aufhebung aller, die Zulassung der Jungärzteschaft zur Massenpraxis einengenden gesetzlichen Bestimmungen und die Einführung der freien Arztwahl.

Der Evangelische Pfarrverein, die Landesorganisation der evangelischen Geistlichen Badens, wird seine ordentliche Hauptversammlung am 6. und 7. Juni in Heidelberg abhalten.

Sum Knielinger Raubüberfall. Der Polizeibericht meldet: Der Knielinger Raubüberfall ist durch das Geständnis des einen in der Pfalz festgenommenen Täters Seyfried nunmehr so gut wie aufgeklärt. Es handelt sich um einen planmäßigen Überfall, den Seyfried mit einem bis jetzt noch flüchtigen Täter begangen hat und unter Beihilfe einer in Knielingen wohnhaften, schon mehrfach vorbestraften Person. Der Plan zum Überfall wurde von den Tätern bis in einzelne verarbeitete Details hinein durch Seyfried und sein Genosse den Boten überfallen, während der Knielinger die beiden im Walde erwarten sollte, um das geraubte Geld in sichere Verwahrung zu bringen. Seyfried und seinem Genossen gelang es auch nach Überfall des Boten in den Wald zu entkommen, wo sie dem Knielinger das erbeutete Geld bis auf 2000 RM übergeben. Der Festnahme durch die Polizei haben sich die Räuber durch ein Versteck im Walde entzogen. Von dem Gelde wurden bisher sichergestellt 2100 RM in bar, die Seyfried bei dem Versuch, am 21. Mai 1927 bei Berg (Pfalz) die Grenze zu passieren, in die Luft geworfen hatte. Weiter konnte festgestellt werden, daß der Knielinger Täter etwa 5000 RM zum Ankauf eines Wauplathes verwendete. Nach dem Verbleib des noch fehlenden Geldes wird noch weiter gefahndet.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 17 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Staatsministeriums: Dienstkleidung der Staatsbeamten.

St. Heidelberg, 30. Mai. Im Alter von über 85 Jahren ist in Heidelberg der Privatgelehrte und pfälzische Geschichtsforscher Dr. h. c. Karl Christ gestorben. Der Verstorbenen hat sich besonders um die Geschichte der pfälzischen Heimat verdient gemacht. Seine Forschungen haben uns die Geschichte des Main-, Rhein- u. Neckargebietes seit den Tagen der Römer wesentlich aufgeklärt. Die Universität Heidelberg verlieh ihm zu seinem 80. Geburtstag den Ehrendoktor, der Mannheimer Altertumsverein ernannte ihn zu seinem Ehrenmitglied und auch der Odenwaldklub, den er mitbegründete, schätzte ihn als Ehrenmitglied in seinen Reihen. Dr. Christ (Buch), 31. Mai. Die älteste Frau der Gemeinde, Frau Altbürgermeister Körner, feierte in vollständiger Frische dieser Tage ihren 90. Geburtstag.

St. Krozingen, 30. Mai. Am gestrigen Sonntag beging Krozingen die Einweihung seiner wiedererbauten Quelle, die im Jahre 1911 durch Zufall erhöht, bei einer Wassermenge von fast 41 Grad Celsius von größter Ergiebigkeit ist. In einem Festzug, an dessen Spitze man den Feiertagsverein Mühlheim sah, zogen zahlreiche Gruppen und Wagen die Bedeutung der Krozinger Quelle. Auf dem Festplatz herrschte am Nachmittag lebhaftes Treiben. Bürgermeister Gerber, Krozingen, begrüßte die zur Feier erschienenen Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden und führte aus, daß die Quelle nicht nur Bedeutung für die Anwohner Krozingens habe, sondern dem ganzen Volke und Lande dienen soll. Die Festansprache hielt Fabrikant Tritschler, Krozingen, der auf die Geschichte der Quelle einging. Den gemühtlichen Teil des Abends leitete ein Rigenreigen ein, der vor der Quelle getanzt wurde.

Bücheranzeige

Die Rechtsverhältnisse und die Versorgung der auf Zeit angestellten staatlichen Polizeibeamten Badens. Von Hermann Jung, Regierungsrat im badischen Ministerium des Innern. Preis 1.50 RM. Die Neuerscheinung ist von größter Wichtigkeit für alle auf Zeit angestellten staatlichen Polizeibeamten. Zu beziehen durch Radlot'sche Druckerei und Verlag A.-G., Karlsruhe i. B.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 31. Mai | | 30. Mai | |
|-----------------------|---------|---------|---------|---------|
| | Gold | Devisen | Gold | Devisen |
| Amsterdam 100 G. | 168.76 | 169.10 | 168.82 | 169.17 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.64 | 112.86 | 112.66 | 112.88 |
| Italien . . . 100 L. | 23.23 | 23.27 | 23.17 | 23.21 |
| London . . . 1 Pf. | 20.474 | 20.517 | 20.479 | 20.521 |
| Neuwied . . . 1 D. | 4.2155 | 4.2235 | 4.216 | 4.224 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.505 | 16.545 | 16.51 | 16.55 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 81.095 | 81.255 | 81.10 | 81.26 |
| Wien 100 Schilling | 59.32 | 59.44 | 59.34 | 59.46 |
| Brag . . . 100 Kr. | 12.480 | 12.508 | 12.49 | 12.51 |

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den Rennverein Lahr-Karlsruhe. Dem Rennverein Lahr-Karlsruhe ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 12. Juni 1927 in Lahr stattfindenden Pferderennen erteilt worden. Karlsruhe, den 27. Mai 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Apothekenzulassung

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Stumberg, Amt Donaueschingen, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Nachweise (vergleiche Bekanntmachung vom 6. Januar 1927, Apotheke in Vöfingen, Staatsanzeiger vom 7. Januar 1927 Nr. 5) binnen vier Wochen hierher einzureichen. Karlsruhe, den 27. Mai 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Dem katholischen deutschen Frauenbund Hessens wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt. Karlsruhe, den 27. Mai 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalsekretär Hermann Rau in Mannheim zum Kriminalkommissar.

Planmäßig angestellt:

Bürogehilfe Heinrich Falkner bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch als Verwaltungsassistent.

Meine Ausstellung in Küchen zeigt Ihnen die neuesten Modelle, bietet Ihnen bei allerniedrigst. Preisen beste Verarbeitung. — Riesige Auswahl. Kaufen Sie schleunigst! Alle Hölzer, Löhne, Farben steigen täglich im Preise! Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang!

SEITZ, Möbelgeschäft Erbprinzenstr. 30

Städtische Sparkasse Schopfheim.
(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Vermögen. | | Verbindlichkeiten. | |
|--|--------------|---|--------------|
| | RM | | RM |
| 1. Kassenbestand | 21 250.07 | 1. Spareinlagen | 630 756.91 |
| 2. Guthaben bei Girozentrale, Banken und Postsparkasse | 168 230.02 | 2. Giro- u. Kontokorrenteinlagen | 295 218.89 |
| 3. Wertpapiere | 40.— | 3. Anlehenskapitalien | 6 000.— |
| 4. Wechsel | 27 395.55 | 4. Sonstige Verbindlichkeiten | 694.15 |
| 5. Hypotheken-Darlehen | 212 870.— | 5. Aufwertungs-Konto | 41 917.39 |
| 6. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 495 380.14 | 6. Rücklagen: | |
| 7. Darlehen auf Schuldschein | 39 210.— | a) gesetzl. Reservefonds von früheren Jahren | 25 671.07 |
| 8. Darlehen an Gemeinden | 42 100.— | b) Sonderrücklage für die Aufwertung von Spareinlagen | 32 881.50 |
| 9. Grundstückskaufgelder | 6 750.— | 7. Reingewinn vom Jahre 1926 | 20 234.22 |
| 10. Kaufpfand-Darlehen | 10 000.— | | |
| 11. Sonstige Forderungen | 316.45 | | |
| 12. Einnahme-Rückstände | 2 830.90 | | |
| 13. Verwaltungsgebäude | 27 000.— | | |
| 14. Gerätschaften | 1.— | | |
| | 1 053 374.13 | | 1 053 374.13 |

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus RM 925 975.80 Einlagen = RM 46 298.79
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = 45 905.29
Somit weniger : : : : : RM 393.50
Schopfheim, den 21. Mai 1927. R. 727

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
F. Heeg.

Der Geschäftsleiter:
Schringer.

Gemeindesparkasse Berghausen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Aktiva. | | Passiva. | |
|---|------------|--------------------------------|------------|
| | RM | | RM |
| I Hypotheken | 26 470.— | Sparguthaben | 116 686.80 |
| Schuldenscheindarlehen gegen Bürgschaft | 41 086.35 | Giroguthaben | 10 220.84 |
| Darlehen in laufender Rechnung an Private | 3 121.73 | Aufwertungs-guthaben | 70 685.34 |
| a) bei Banken | 151 544.52 | Anlehenskapitalien | 79 402.27 |
| b) Kontokorrentdarlehen | 75 101.16 | Ausgabenrückstände | 13 093.27 |
| Aufwertungs-guthaben | 1 088.05 | Reinvermögen | 11 494.11 |
| Einnahme-Rückstände | 3 169.82 | | |
| Barbestand | 1.— | | |
| Gerätschaften | 301 582.63 | | |
| | 301 582.63 | | 301 582.63 |

Gewinn- und Verlustrechnung.

| Soll. | | Haben. | |
|---|-----------|---------------------------------------|-----------|
| | RM | | RM |
| Zinsen für die Einleger | 7 449.64 | Zinsen von Aktiv-Kapitalien | 28 303.34 |
| Zinsen und Kosten für andere Schulden | 9 250.59 | Sonstige Einnahmen | 604.26 |
| Verwaltungskosten | 5 702.15 | | |
| Reingewinn | 6 505.22 | | |
| | 28 907.60 | | 28 907.60 |

Berghausen, den 20. Mai 1927. R. 728

Gemeindesparkasse Berghausen:
Vorsitzender des Verwaltungsrats:
J. B. M. Hanau.

Geschäftsleiter:
Guber.

Die Rechtsverhältnisse und die Versorgung der auf Zeit angestellten staatlichen Polizeibeamten Badens

von Hermann Jung, Regierungsrat im badischen Ministerium des Innern. Preis RM 1.50.

Von größter Wichtigkeit für alle auf Zeit angestellten staatlichen Polizeibeamten. Zu beziehen durch Macklot'sche Druckerei und Verlag A.-G., Karlsruhe i. B.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küche, Einzelmöbel u. Betten, Matratzen, Divans und Chaiselongues

laufen Sie nur gute Qualität bei Zahlungsvereinfachung zu den billigsten Preisen.

Möbelgeschäft Seiter, Waldstraße 7.

Grab- und Maurer-, Steinbau-, Zimmer-, Schmelz-, Blech- und Dachdeckerarbeiten zur Erstellung des Rohbaues des Aufnahmegebäudes mit Güterhalle, des Abort- und Hauswirtschaftsgebäudes sowie des Maschinenhauses mit Anbauten auf dem Bahnhof Schönan, der Neubaufstelle Redarsteinach-Schönan, öffentlich zu vergeben. Pläne mit Bedingungen liegen auf dem Baubüro in Redarsteinach zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvorbehalte gegen Selbstkosten erhältlich. Angebote sind verschlossen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Öffnungstermin am 22. Juni 1927, vorm. 10 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Reichsbauamt Eberbach a. N. R. 754.

Aufgebot.

Die Erben des Tagelöhners Thomas Gühringer aus Haslach i. N., nämlich: a) die Witwe Karoline Gühringer geb. Rossmann in Haslach, b) Josef Gühringer, Zimmermeister in Sorgen (Schweiz), c) Thomas Gühringer, Vater in Neuhof, d) Amalia Schilbker geb. Gühringer in Neuhof, e) Peter Gühringer, Schuhmacher in Neuhof haben gemäß §§ 977 ff. 1024 B.D. 927 BGB. beantragt, den Eigentümer des Grundstücks der Gemarkung Haslach i. N. Vgl. Nr. 522 b Grundbuch Bd. 9 Fests. 179 ar Gertenland im Unteren Gotesacker im Wege des Aufgebotsverfahrens mit seinem Rechte auszuschießen, da das Grundstück seit 1888 in ihrem und im Eigenbesitz des verstorbenen Thomas Gühringer in Haslach war, der eingetragene Eigentümer Rüdiger Wilhelm Jädle im Jahre 1888 nach Amerika ausgewandert und dort verstorben ist und eine Eintragung im Grundbuch, die der Zustimmung des Eigentümers bedurfte, seit 30 Jahren nicht erfolgt sei.

Aufgebot.

Die Landwirt Philipp Jörn Ehefrau Maria geb. Brauch in Diedesheim hat beantragt, den verschollenen Jakob Brauch (Bruder der Antragstellerin) geb. am 18. März 1868 zu Redareiz, zuletzt wohnhaft in Diedesheim für tot zu erklären. Der Genannte wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 14. Juli 1927, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, I. Stod, Zimmer Nr. 23 abzurufenen Aufgebotsverfahren zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. Alle die Auskunftsüber-

Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, seine Rechte spätestens im Aufgebotsverfahren am Mittwoch, den 14. September 1927, vormittags 9 Uhr, Zimmer 4 des Amtsgerichts Wolfach anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird. Wolfach, 27. 5. 1927. Amtsgericht.

Konkursverfahren. Billingen. R. 758. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Bunt in Billingen soll die Schlussverteilung erfolgen. Verfügbar sind 3 517,79 M. Zu berücksichtigen sind 140,05 M. bevorrechtigte und 28 189,42 nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Billingen offen. Billingen, 27. 5. 1927. Der Konkursverwalter: Otto Doh.

Konkursverfahren. Lahr. R. 755. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Willi Laib in Lahr, Inhabers der Firma R. Scheidt & Co. daselbst, ist nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Lahr, 27. 5. 1927. Amtsgericht.

Konkursverfahren. Schönan. R. 757. Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 812: Anton Schner, Tiefbauunternehmer in Todnau. Durch Vertrag vom 12. Mai 1927 ist Gütertrennung gemäß §§ 1426 ff. BGB. vereinbart. Das Vermögen der Ehefrau ist in § 2 des Ehevertrags bezeichnet. Schönan, 25. 5. 1927. Bad. Amtsgericht.

Konkursverfahren. Karlsruhe. R. 752. Güterrechtsregisteramttrag: 1. Band XI, Seite 428: Schweizer, Franz Kaver, Dentist, Karlsruhe und Hedwig geb. Stegle. Vertrag vom 6. Oktober 1925. Gütertrennung. 23. 5. 27. 2. Seite 424: Thämmich, Oskar Max, Kaufmann, Karlsruhe und Leopoldine geb. Kus. Vertrag vom 13. April 1927. Vorbestandsgut der Frau. 24. 5. 1927. 3. Seite 425: Engelberg, Moritz, Uhrmacher, Karlsruhe und Beria geb. Blatt. Vertrag vom 23. Mai 1927. Gütertrennung. 27. 5. 1927.

Bürgerl. Rechtspflege Streitige Gerichtsbarkeit. Wiesloch. R. 759. Der am 13. 10. 1878 in Rotenberg geborene, daselbst wohnhafte, ledige, frühere Bahnarbeiter Wendelin Anton wurde durch Beschluss des Amtsgerichts II Wiesloch vom 10. Mai 1927 wegen Trunksucht entmündigt. Wiesloch, 23. 5. 1927. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Bürgerl. Rechtspflege Streitige Gerichtsbarkeit. Wiesloch. R. 759. Der am 13. 10. 1878 in Rotenberg geborene, daselbst wohnhafte, ledige, frühere Bahnarbeiter Wendelin Anton wurde durch Beschluss des Amtsgerichts II Wiesloch vom 10. Mai 1927 wegen Trunksucht entmündigt. Wiesloch, 23. 5. 1927. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.



Badisches Landestheater Mittwoch, den 1. Juni 1927
Rolfsbühne 10

Die Entführung aus dem Serail von Mozart
Musikalische Leitung: Josef Krupp
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Selim Krüger
Constante von Ernst
Belmonte Busch
Pedrillo Siegfried
Osmin Bogel
Blondchen Blant
Anfänger Accas
Nicolò Köfer
Stummer Reinbusch
Anfang 7% Ende 9%
I. Sperrfisch 7 M.
Der IV. Rang ist für den allg. Verkauf freigehalten.
Do. 2. Juni: Überfahrt.
Fr. 3. Juni: Die Bauberkste.